



Europa Newsletter

Sabine Verheyen
Ihre CDU-Europaabgeordnete

Juli 2018

Aus dem Plenum

EU-Migrations- und Asylpolitik

Im Plenum haben wir EU-Abgeordnete mit Ratspräsident Tusk und Kommissionspräsident Juncker über die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 28. bis 29. Juni diskutiert. Auf dem Gipfel sprachen sich die EU-Führungsspitzen für ein Konzept regionaler Ausschiffungsplattformen für auf See geretteter Menschen aus. Diese von dem UNHCR und der IOM vorgeschlagenen Plattformen sollen eine rasche und sichere Unterscheidung zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und Asylsuchenden ermöglichen. Die Staats- und Regierungschefs vereinbarten ferner, dass gerettete Personen im Gebiet der EU auf der Grundlage gemeinsamer Anstrengungen im Wege der Beförderung zu kontrollierten Zentren übernommen werden sollen. Diese von den Mitgliedstaaten auf rein freiwilliger Basis einzurichtenden Zentren sollen eine rasche und gesicherte Abfertigung ermöglichen, bei der zwischen irregulären Migranten, die rückgeführt werden, und Personen, die internationalen Schutz benötigen und für die der Grundsatz der Solidarität gelten würde, unterschieden werden kann.

[Erfahren Sie hier mehr über die Ergebnisse des EU-Gipfels!](#)

EU-Fonds für die Verteidigungsindustrie

Eine verstärkte Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Verteidigungsindustrie sind Kernprioritäten für uns als EVP-Fraktion. Im Plenum haben die EU-Abgeordneten nun über das neue Europäische Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP) abgestimmt. Mit einem Budget von 500 Mio. Euro für den Zeitraum 2019-2020 soll die länderübergreifende Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten der EU verbessert werden, beispielsweise Drohnen für militärische Zwecke oder einen europäischen Cyber-Verteidigungsmechanismus. Ziel ist es, die EU unabhängiger zu machen, die Ausgaben effizienter zu gestalten und die Innovation im Verteidigungsbereich zu fördern.

[Erfahren Sie hier mehr über meine Position!](#)

Mehr Grenzsicherheit dank neuem Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystem

Das neue Europäische Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS) wird 2021 in Kraft treten und für mehr als 60 Länder und Hoheitsgebiete gelten, deren Staatsangehörige visafrei in die EU einreisen können. Nicht-EU-Bürger, die von der Visumpflicht befreit sind, müssen vor der Einreise in die EU nach den neuen Regeln, die am Donnerstag zur Abstimmung stehen, eine Reisegenehmigung einholen. Die Reisegenehmigung kostet 7 Euro und ist drei Jahre gültig. Die überwiegende Mehrheit der Reisenden wird nach dem Ausfüllen des Formulars sofort eine positive Antwort erhalten, sobald ihre Daten mit den relevanten Datenbanken abgeglichen wurden. Reisenden, mit deren Einreise ein Sicherheitsrisiko, ein Risiko der illegalen Einwanderung oder ein hohes Epidemierisiko verbunden ist, wird hingegen der Zutritt zum Schengenraum verweigert.

[Erfahren Sie hier mehr über das neue System!](#)

Zukunft Europas: Plenardebatte mit dem polnischen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki

Mit Beginn des Jahres wurde das Europaparlament zum Zentrum der Debatte zur Zukunft Europas. Die Regierungschefs Leo Varadkar (Irland), Andrej Plenković (Kroatien), António Luís Santos da Costa (Portugal), Emmanuel Macron (Frankreich), Xavier Bettel (Luxemburg) und Mark Rutte (Niederlande) gaben sich bereits die Klinke in die Hand. In dieser Woche hat nun der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki seine Ideen mit den EU-Abgeordneten diskutiert. Seit wenigen Tagen ist Polens Justizreform in Kraft, die unter anderem das Pensionsalter der Verfassungsrichter reduziert und die Gerichtsbarkeit dem Justizminister unterstellt. Wegen anhaltender Verletzung der Grundrechte läuft gegen Polen erstmals in der Geschichte der EU ein sogenanntes Artikel-7-Verfahren, an dessen Ende der Entzug der Stimmrechte Polens im Rat, der Vertretung der Mitgliedstaaten, stehen könnte. Für die Zukunft Europas ist es entscheidend, dass wir unsere Standards bei Rechtsstaat und Demokratie wahren.

[Erfahren Sie hier mehr über meine Position!](#)

Österreichische Ratspräsidentschaft

Für sechs Monate hat nun Österreich den EU-Ratsvorsitz übernommen. Schwerpunktthemen der Präsidentschaft werden unter anderem die gemeinsame Migrationspolitik und ein verstärkter Schutz der EU-Außengrenzen sein. Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz steht einem Verteilungssystem von Flüchtlingen innerhalb Europas skeptisch gegenüber und setzt auf eine Stärkung der EU-Außengrenzen. Auch bei der Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU 2021 bis 2027 ist aus Wien wenig Druck zu erwarten. Der Regierung gehen die Pläne der Kommission, das Budget aufgrund der zusätzlichen Aufgaben für die EU zu erhöhen, zu weit. Allerdings ist Sinn und Zweck der EU-Ratspräsidentschaft ohnehin, als neutraler Vermittler aufzutreten. Wir wollen eng mit unserem Nachbarland Österreich zusammenarbeiten, um zukunftsfähige Lösungen für Europa zu finden.

[Erfahren Sie hier mehr über meine Position!](#)

Modernisierung des EU-Wahlrechts – Fragmentierung des EU-Parlaments vorbeugen

Im Plenum haben wir Abgeordnete uns mehrheitlich für eine Modernisierung des EU-Wahlrechts ausgesprochen. Es ist positiv, dass eine Prozenzhürde für die Europawahlen zwischen zwei und fünf Prozent eingeführt werden kann. Die nationalen Regierungen sollten den Beschluss für die Wahlen im Mai nächsten Jahres umsetzen. Nur so kann einer weiteren Fragmentierung des Europaparlaments vorgebeugt und chaotischen Gesetzgebungsverfahren entgegengetreten werden. Im nächsten Schritt müssen nun die EU-Mitgliedstaaten den Bestimmungen zustimmen bevor diese in Kraft treten können.

[Erfahren Sie hier mehr über die Modernisierung des EU-Wahlrechts!](#)

EU-Mobilitätspaket abgelehnt

Im Plenum lehnte die Mehrheit der Abgeordneten die vorgeschlagenen Änderungen zum „Mobilitätspaket“ für die Reform des Güterkraftverkehrs ab. Der Verkehrsausschuss muss diese nun erneut prüfen. Im Konkreten geht es um die Aktualisierung von Vorschriften für die Ruhezeiten von Fernfahrern, die Kabotage und die Entsendung von Fahrern. Durch die Ablehnung des Pakets im Plenum konnte zwar die Ausweitung des unlauteren Wettbewerbs der Billiglohnländer im deutschen Transportmarkt verhindert werden, zugleich haben wir aber die Chance verpasst, dem Sozialdumping und den Briefkastenunternehmen einen Riegel vorzuschieben. So gelang es uns auch nicht, den Unternehmen im Transportgewerbe Verwaltungsaufwand zu ersparen und eine Flexibilisierung für die Busbranche zu erzielen. Als CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament haben wir uns für die Flexibilisierung der Lenk- und Ruhezeiten in der Reisebusbranche, für Bauunternehmen, wie auch für KMUs und Handwerker eingesetzt, um Ausnahmen von der Tachografenpflicht zu schaffen.

[Erfahren Sie hier mehr über das EU-Mobilitätspaket!](#)

Ende des Kreditprogramms für Griechenland

In der vergangenen Woche billigten die Finanzminister der Eurogruppe die letzte Tranche des laufenden Kreditprogramms für Griechenland in Höhe von 15 Milliarden Euro. Im August soll Griechenland das Programm verlassen und wieder auf eigenen Beinen stehen. Zweifelsohne hat Griechenland von einer großen Solidaritätsleistung profitieren dürfen, und kann jetzt die vollständige Rückkehr auf den Kapitalmarkt schaffen.

[Erfahren Sie hier mehr über die Lage in Griechenland!](#)

Ausschreibungen

Förderfonds „Kultur & Alter“

Mit dem Förderfonds „Kultur & Alter“ unterstützt das Ministerium für Kultur und Wissenschaft auch im kommenden Jahr Projekte, die innovative Formen der Kulturarbeit mit älteren Menschen erproben. Der neue Förderschwerpunkt lautet: „Kultur inklusive – mehr Zugänge und Teilhabe schaffen“. Gefördert werden Projekte mit künstlerischer Qualität, die älteren Menschen den aktiven Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern. Bewerben können sich nordrhein-westfälische Kulturschaffende, kommunale und freie Kulturinstitutionen sowie Einrichtungen der sozialen Altenarbeit, die in Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern oder Kultureinrichtungen ein künstlerisches Projekt mit älteren Menschen in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Bewerbungsfrist ist der 21. September 2018.

[Erfahren Sie hier mehr über die Ausschreibung!](#)

Nationaler Auswahlprozess des Europäischen Jugendparlaments

In einem jährlich stattfindenden dreistufigen Wettbewerb wählt das Europäische Jugendparlament e. V. (EJP) Jugendlichen aus, die Deutschland auf den internationalen Jugendkonferenzen des europäischen Dachverbands vertreten. Seit 1990 wird den teilnehmenden Jugendlichen die einzigartige Möglichkeit geboten, mit anderen interessierten Jugendlichen aus ganz Europa über Politik zu diskutieren, den demokratischen Entscheidungsfindungsprozess selbst mit zu gestalten und Europa hautnah zu erleben. Es können sich Jugendliche im Alter von 15-19 Jahren, die Interesse an Politik und Europa haben, mit einer siebenköpfigen Delegation oder als Einzelpersonen bewerben. Bewerbungsschluss ist der 5. November 2018.

[Erfahren Sie hier mehr über die Ausschreibung!](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)